

Einzureichen an:

Nicht vom Kunden auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Investition und Markt
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



ERKLÄRUNG ZUR AUFTRAGSVERGABE AN VERBUNDENE UNTERNEHMEN

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Gewerbliche Wirtschaft)

Hinweis:

Diese Erklärung ist der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vorzulegen, sofern die Auftragsvergabe für die Realisierung des Vorhabens oder auch nur von Teilmaßnahmen an verbundene Unternehmen (z. B. Schwester-, Mutter-, Tochterunternehmen) erfolgt oder zwischen dem Antragsteller/Zuwendungsempfänger und dem Auftragnehmer sonstige Verbindungen (verwandtschaftliche oder sonstige persönliche Verbindungen der verantwortlich handelnden Personen) bestehen. In diesem Fall sind Sie verpflichtet, die Angemessenheit der vereinbarten Entgelte nachzuweisen.

Soweit möglich, sind dazu grundsätzlich mindestens drei Anbieter zur Angebotsabgabe aufzufordern. Dabei sind die Anforderung der Angebote und die Auswahlentscheidung unter Verwendung des Formulars „Erklärung zur Auftragsvergabe an verbundene Unternehmen“ schriftlich zu dokumentieren. Sie haben insoweit nachzuweisen, dass Sie das Vorhaben mit dem wirtschaftlichsten Angebot (im Sinne von § 18 Abs. 1 VOL/A, § 16 Abs. 6 VOB/A) verwirklichen. Alternativ kann auftragsbezogen ein Gutachten eines unabhängigen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen vorgelegt werden, das die Angemessenheit der vereinbarten Entgelte bestätigt.

Diese Anforderungen gelten auch, wenn Sie sich für die Auftragsvergabe an ein verbundenes Unternehmen erst nach Erlass eines Zuwendungsbescheides entschließen.

1. ANGABEN ZUM KUNDEN

Name, Firma lt. Handelsregister bzw. Unternehmensbezeichnung

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

Ortsteil

E-Mail

Vorgangsnummer

2. ANGABEN ZU BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSEN

Zwischen mir/uns und dem Auftragnehmer bestehen folgende rechtliche, personelle (auch verwandtschaftliche/eheliche) und/oder wirtschaftliche Beziehungen (ggf. Anlage beifügen):

Die Auftragsvergabe an das verbundene Unternehmen wird wie folgt begründet:

Gefördert durch:



(Stand: 28.01.2019)

3. ANGABEN ZUR AUFTRAGSVERGABE AN VERBUNDENE UNTERNEHMEN

Art der Leistung:

Ausführungszeitraum von bis

Geschätzte Auftragssumme: Euro (ohne Umsatzsteuer)

Wurden zur Verwirklichung des (Teil-)Vorhabens Angebote angefordert?

Ja (weiter mit 3.1)

Nein (weiter mit 3.2)

3.1 Anbieter, die nachweislich zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden (grundsätzlich mindestens 3 Anbieter), sowie die eingegangenen Angebote:

Nr.	Aufgeforderte Anbieter (Name/Firma, Anschrift)	Angebot vom	Angebot in Euro (ohne USt)
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ich/Wir habe(n) mich/uns für das Angebot Nr. entschieden.

Bitte begründen Sie Ihren Entschluss im Sinne § 18 Abs. 1 VOL/A, § 16 Abs. 6 VOB/A (ggf. mit Anlage).

3.2 In Bezug auf den zu erteilenden bzw. erteilten Auftrag liegt ein Gutachten eines unabhängigen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen vor. (Eine Kopie des Gutachtens ist als Anlage beizufügen.)

Datum des Gutachtens	Name des Sachverständigen
----------------------	---------------------------

Wird die Angemessenheit der vereinbarten Entgelte durch das Gutachten bestätigt?

Nein Ja, in Höhe von Euro

4. BELEHRUNG ÜBER DIE STRAFBARKEIT DES SUBVENTIONSBETRUGES

Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten / bewilligten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG, BGBl. 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder die für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben zu den Ziffern 1., 2., 3., 3.1 und 3.2 dieser Erklärung.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES KUNDEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Mittragsteller bei Betriebsaufspaltung / Organschaftsverhältnis

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)